



Co-funded by the  
European Union

## **18. Roma Dialogplattform des Bundeskanzleramts Notreisende EU-BürgerInnen in Österreich**

Bundeskanzleramt

25. November 2016

Nationale Roma Kontaktstelle: Dr.<sup>in</sup> Susanne Pfanner

Moderation: Mag. Michael Patak

### Präsentationen:

- Mag. Wolfgang Meier, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Gesellschaft, Soziales und Integration
- Prof. (FH) Erika Geser-Engleitner, Fachhochschule Vorarlberg, Autorin der Studie „Bettelnde Notreisende in Vorarlberg“
- Norbert Mappes-Niediek, Südosteuropa-Korrespondent
- Mag. Thomas Schobesberger, Kongress der Gemeinden und Regionen und Support Team des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Europarats für Roma-Fragen
- Kurt Gutleiderer, Fonds Soziales Wien, Fachbereich Betreutes Wohnen, Wiener Wohnungslosenhilfe
- Liudmila Hahn, Stadt Mannheim, Koordinierungsstelle „Integrationsfonds“/ANIMA-Ankommen in Mannheim

Anwesend: laut [Anwesenheitsliste](#)

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 14:30 Uhr

## 1. Begrüßung und Einleitung

Die Vorsitzende begrüßt die TeilnehmerInnen und gibt eine kurze Einleitung in das Thema. Unter sogenannten „Notreisenden EU-Bürgern“ seien Personen und Familien aus Osteuropa zu verstehen, die von ausgeprägter Armut betroffen sind und von ihrem Recht als EU-Bürger auf Personenfreizügigkeit Gebrauch machen. Die Thematik werfe vorwiegend Fragen der Armutsbekämpfung und des menschenwürdigen Umgangs mit Armut auf. In der Öffentlichkeit werde die Frage jedoch vorwiegend als „Roma-Thema“ diskutiert bzw. als „Roma-Problem“ wahrgenommen.

Ziel der heutigen Roma Dialogplattform sei es daher, die Grundlagen für eine sachliche Gesprächsbasis aller handelnden Akteure zu schaffen und über die bestehende Faktenlage, die Hintergründe und mögliche Handlungsansätze zu informieren. Die Veranstaltung diene der Vernetzung der handelnden Akteure und dem gegenseitigen Austausch. Zu diesem Zwecke werde den Teilnehmern auch eine Liste der angemeldeten Personen zur Verfügung gestellt.

Der Moderator präsentiert die [Tagesordnung](#)

## 2. Präsentationen zum Thema Notreisende EU-BürgerInnen in Österreich

- a) Mag. Wolfgang Meier, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Gesellschaft, Soziales und Integration

Das Thema Notreisende werde im Land Vorarlberg als Querschnittsmaterie wahrgenommen. Es seien zahlreiche Bereiche (Sicherheit, EU-Recht, Soziales, Kinder und Jugend u.a.) und Akteure betroffen. Die Gesellschaft sei der Thematik gegenüber sehr ambivalent eingestellt.

In Vorarlberg gebe es seit 2015 notreisende Menschen. Ihre Anzahl schwanke von derzeit 180 bis maximal 250 Personen. Die Betroffenen migrieren zwischen meist Rumänien, Italien und Vorarlberg; Städte wie Feldkirch und Bregenz seien besonders stark frequentiert. Für zwei Drittel sei es bereits gelungen, eine Unterkunft zu organisieren. Darüber hinaus habe das Land Vorarlberg folgende Maßnahmen vorgesehen:

- 1) Zwei aufsuchende Sozialarbeiterinnen wurden damit betraut, Kontakte zu den Betroffenen aufzubauen, deren Bedürfnisse (zB im Hinblick auf medizinische

Versorgung, Unterkunft) zu identifizieren, Hilfe zu vermitteln und über rechtliche Rahmenbedingungen aufzuklären. Die Sozialarbeiterinnen sind Ansprechpersonen für alle handelnden Akteure (Land, Stadt, Gemeinde, Unternehmen).

2) Für den Zeitraum November 2016 und März 2017 wurden 20 Notschlafplätze eingerichtet, die vorwiegend Schwangeren und Müttern, Kindern und Menschen in Notsituationen zur Verfügung gestellt werden. Der Aufenthalt ist an verpflichtende Beratungsgespräche gekoppelt.

3) Es wurde eine empirische Untersuchung in Auftrag gegeben, von deren Ergebnissen die Nachrednerin im Detail berichten werde.

b) Prof. (FH) Erika Geser-Engleitner, Fachhochschule Vorarlberg, Autorin der Studie „Bettelnde Notreisende in Vorarlberg“

(Details siehe [Beilage](#))

Die zwei zentralen Fragen der Studie beschäftigten sich mit der tatsächlichen Anzahl und den Lebenswelten der notreisenden Menschen in Vorarlberg.

Die Anzahl der Betroffenen Vorort unterliege großen Schwankungen; im Durchschnitt seien aber etwa 100 Personen, 40% davon im Alter von 16 bis 24 Jahren, anzutreffen.

60% der Betroffenen seien ohne jegliche Schulbildung, bei den Frauen sei der Anteil noch höher. Als Erklärung würden oft soziale, finanzielle sowie gesundheitliche Gründe angeführt. Der Großteil verfüge im Herkunftsland über keinen festen Wohnsitz. Kinder würden teilweise mitgenommen, teilweise bei Verwandten oder Teilfamilien im Herkunftsland untergebracht; ihre Einschulungsrate sei höher als bei den Eltern. Ein überwiegender Teil der Betroffenen verfüge derzeit über keine Krankenversicherung, habe jedoch aufgrund der schweren Lebensbedingungen auf der Straße schwere gesundheitliche Probleme und hätten unter hohen Kosten für die Gesundheitspflege (auch von Angehörigen) zu leiden. Als Gründe für das Verlassen Italiens geben viele den EU-weiten „Verdrängungswettbewerb“ durch andere Migranten an. Sämtliche Befragten seien von Konfrontationen mit der Polizei betroffen. Als Gesamtbild ergebe sich ein schwieriges System, dessen Schwerpunkt bei der Familie liege. Studien würden belegen, dass eine tolerantere Politik die Migration von Familien fördere.

Mögliche Ansatzpunkte für die Politik seien die Akzeptanz der Anwesenheit notreisender Menschen in Vorarlberg sowie die Steuerung von deren Anzahl und

Zusammensetzung durch sozialpolitische Maßnahmen und des Ausmaßes an Notlagen.

- c) Norbert Mappes-Niediek, Südosteuropa-Korrespondent, Autor des Buches „Arme Roma, böse Zigeuner- Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt“

(Details siehe [Beilage](#))

Er erinnert zunächst daran, dass Roma bereits seit den 60er Jahren aus dem ehemaligen Jugoslawien als Gastarbeiter nach Österreich und Deutschland gekommen sind, die sich gut integriert hätten. Die Begriffe „notreisende Menschen“ und „Roma“ seien nicht deckungsgleich. Insgesamt handle es sich um Menschen, die ohne Chance auf Beschäftigung nach Österreich kommen, in den Herkunftsländern in Slums leben und sich dort die typische Lebensweise von Slumbewohnern angeeignet haben (Gelegenheitsjobs, Sammeln von Altmetall, oder kriminelle Aktivitäten). Viele davon seien Roma.

Erklärend führt er aus, dass im Kommunismus viele rumänische und bulgarische Roma in der Industrie beschäftigt gewesen seien; ihre Kinder hätten auch die Schule besucht. Mit dem Zusammenbruch der Industrie in den 90er Jahren und der damit einhergehenden Massen-Arbeitslosigkeit habe eine Stadtflucht eingesetzt. Während anderen Bevölkerungsgruppen wenigstens Land restituiert worden sei, seien die Roma, die nie Land besessen hatten, in slumhaften Wohnverhältnissen geendet. Das Migrationsverhalten sei durch die sozialen Bedingungen in den Herkunftsstaaten erklärbar, andere Erklärungen seien nur vorgeschoben.

- d) Mag. Thomas Schobesberger, Kongress der Gemeinden und Regionen und Support Team des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Europarats für Roma-Fragen

(Details siehe [Beilage](#))

Präsentiert werden Informationen zum Projekt „ROMACT– Transnational Cooperation Component (TCC)“, einer Plattform für die Kooperation von Gemeinden in Aufnahmeländern mit jenen der Herkunftsländer. Ziel sei eine bessere Integration von Bürgern anderer EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere von Roma.

Angeboten werden drei Module, bestehend aus:

- interkulturellen Trainingsseminaren für die lokale Verwaltung

- Mediatorenausbildung
- direkte Zusammenarbeit und gegenseitige Besuche

Vorgestellt wird auch die online Kontaktplattform [www.coe-romact.org](http://www.coe-romact.org), welche Informationen zur Identifikation von Partnern für gemeinsame Aktivitäten im Bereich Romainklusion, die Kontaktaufnahme zu Behörden anderer Gemeinden sowie Neuigkeiten über Events, Trainings und dgl. bereithält. Der Fokus des Programms ROMACT TCC liegt auf niederschwelliger, einfach zu beantragender Unterstützung für die Lokalverwaltung.

e) Kurt Gutleiderer, Fonds Soziales Wien, Fachbereich Betreutes Wohnen, Wiener Wohnungslosenhilfe

(Details siehe [Beilage](#))

Berichtet wird über die zahlreichen Programme und Angebote der Stadt Wien im Bereich der Wohnungslosenhilfe. Dieses bestehe aus ambulanten Angeboten (wie Tageszentren, Streetwork und Nachtquartieren), betreuten Wohnangeboten (Dauerwohnen, Übergangswohnen) sowie mobiler Wohnbetreuung.

Vorgestellt wird das sogenannte „Winterpaket“, welches bereits seit 2010 angeboten wird und im Zeitraum 2016-2017 unter anderem 600 zusätzliche Nachtquartiersplätze und zwei zusätzliche Wärmestuben beinhaltet.

Die Statistik zeige, dass das Angebot meist für kurzfristige Aufenthalte und zu 40% von Österreichern genutzt wird. Bei den übrigen Personen handle es sich vorwiegend um EU-Bürger, die sich schon länger in Wien aufhalten. Ein sogenannter „Pull-Effekt“ (Anreise aufgrund des Angebots) lasse sich nicht belegen. Der überwiegende Teil der „Winterpaket“-Nutznießer sei schon zuvor wohnungslos gewesen, auf Arbeitssuche und habe medizinischen Unterstützungsbedarf.

f) Liudmila Hahn, Stadt Mannheim, Koordinierungsstelle „Integrationsfonds“/ ANIMA-Ankommen in Mannheim

(Details siehe [Beilage](#))

Frau Hahn informiert über den Ansatz der Stadt Mannheim im Umgang mit besonders von Armut betroffenen EU-Bürgern aus Rumänien und Bulgarien.

Die Zuwanderung aus diesen Staaten in die Stadt Mannheim weise folgende Charakteristika auf: die Gruppe sei sehr heterogen in Bezug auf Sprachkenntnisse,

Bildung und Berufserfahrung; es herrsche eine hohe Fluktuation sowie eine Konzentration auf drei Stadtteile Mannheims. Viele Personen haben Diskriminierungserfahrungen.

Die Stadt Mannheim setze auf

- Niederschwellige Zugänge in der Projektarbeit mit der Zielgruppe: ANIMA-Ankommen in Mannheim / Mannheimer Integrationsfonds für Zugewanderte aus Bulgarien und Rumänien.
- Keine Abfrage nach ethnischer Zugehörigkeit bei der Projektumsetzung
- Ansprachen in Muttersprache: Bulgarisch, Rumänisch oder Türkisch
- Die Problemlage wird als Frage relativer sozialer Deprivation verstanden und so in die Verwaltung und nach Außen kommuniziert
- Ordnungsrechtlicher Bereich: Armut ist kein Verbrechen, Verbindliche muttersprachliche Beratung beim Anmeldeverfahren durch die Bürgerdienste

Die städtische Integrationsarbeit bestehe aus drei Pfeilern:

- Netzwerke und Arbeitsgruppen (städtische, externe Behörden, Wohlfahrt: themenspezifisch sowie sozialräumlich orientiert, integrative und ordnungspolitische Dimension)
- Personelle Verstärkung der Behörden: muttersprachliche Mitarbeiter/innen bei den Bürgerdiensten, im kommunalen Ordnungsdienst
- Projektarbeit Mannheimer Integrationsfonds 2013-2017. Förderprogramm mit Sachmitteln in Höhe von 300.000 € p.a. ANIMA – Ankommen in Mannheim! 2016-2018, Personalkosten in Höhe von ca. 300.000 € p.a. (gefördert aus dem [Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen EHAP](#)).

Anhaltende Herausforderungen bilden unter anderem die Umstellung der Regelsysteme auf eine nicht steuerbare Zuwanderungsbewegung (Flexibilität), die Vermittlung verbindlicher Integrationsangebote, die Stärkung des Vertrauens und des Zusammengehörigkeitsgefühls sowie der interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeiter/innen der zuständigen Behörden.

Im Anschluss an die Präsentation wurde von einem Teilnehmer die Nutzung der Mittel aus dem [Europäischen Hilfsfonds in Österreich](#) kritisch hinterfragt. Kritisch

angemerkt wurde auch, dass in Vorarlberg keine Inklusions-Debatte geführt werde und dort Wissen über die Verpflichtung zur Inklusion der Roma fehle.

### 3. Erfahrungsaustausch in Arbeitsgruppen

In fünf Arbeitsgruppen wurden Erfahrungen ausgetauscht und Problemlösungsansätze diskutiert.

1. Lokale Lösungsansätze I am Beispiel des Projekts ZORROM der Caritas Diözese Graz Seckau – Projektleiter *Mag. Teichmann*, [Bericht aus der Arbeitsgruppe](#)
2. Lokale Lösungsansätze II am Beispiel des Projekts [“ANIMA/Ankommen in Deutschland“](#) der Stadt Mannheim – *Ludimila Hahn*, [Bericht aus der Arbeitsgruppe](#)
3. Lokale Lösungsansätze III am Beispiel ROMACT – Finanzierung für Projekte transnationaler Zusammenarbeit zur Inklusion der Roma, *Mag. Thomas Schobesberger*, Kongress der Gemeinden und Regionen und Support Team des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Europarats für Roma-Fragen, [Bericht aus der Arbeitsgruppe](#)
4. Mediale und politische Kommunikation zum Thema Notreisende und Auswirkungen auf das öffentliche Bild der Roma, *Mag. Ferdinand Koller*, Romano Centro, [Bericht aus der Arbeitsgruppe](#)
5. „Ökonomie der Armut“ als Handlungsansatz?, *Norbert Mappes-Niediek*, [Bericht aus der Arbeitsgruppe](#)